

Einen Tag feiern für gleiche Rechte – das ganze Jahr kämpfen für gleiche Rechte!

Nachdem vor 27 Jahren der erste Grüne Antrag auf die Öffnung der Ehe für Menschen aller sexuellen Orientierungen eingereicht wurde, hat eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten vor wenigen Wochen die "Ehe für alle" zu guter Letzt beschlossen. Wenige Monate davor, im März 2017 wurde endlich die juristische Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen des ehemaligen §175 StGB beschlossen. Zwei Erfolge, denen jahrelange politische Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Parlamente vorausgegangen sind. In diesem Jahr gibt es auf dem Christopher-Street-Day (CSD) also einen besonderen Grund zum Feiern.

Doch nicht-heterosexuelle Menschen werden nach wie vor angepöbelt, beleidigt, belästigt oder sogar Ziel von gewalttätigen Übergriffen. Transsexualität wird noch immer tabuisiert, stigmatisiert oder in einigen Fällen fetischisiert. Unsere Gesellschaft, die sich so oft als offen und tolerant sieht, hat immer noch einen weiten Weg zu gehen. Alle Menschen, insbesondere unabhängig von ihrer Sexualität und Identität, würdig und gleich zu behandeln, ist das Ziel, für das wir als GRÜNE JUGEND Bayern streiten. Einmal im Jahr am CSD auf die Straße zu gehen und für gleiche Rechte zu demonstrieren und zu feiern reicht uns nicht. Wir wollen das ganze Jahr über für gleiche Rechte kämpfen! Deshalb werden wir weiter gemeinsam mit Betroffenen und Interessensverbänden für ein Bayern streiten, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Selbstdefinition und ihrer sexuellen Orientierung an der Gesellschaft teilhaben und in ihr selbstbestimmt leben können.

Vielfalt in der Bildung!

Menschen müssen lernen, Andere nicht auf Grund heteronormativer Vorstellungen auszugrenzen, sondern ihre Mitmenschen zu akzeptieren, da Sexualität und geschlechtliche Identität nie Diskriminierung rechtfertigen. Die Bestrebungen im Jahr 2016, den bayerischen Lehrplan zu Sexualkunde auszuweiten und zu modernisieren wären hierfür ein großer Schritt in die richtige Richtung gewesen, immerhin war das Vorgängermodell seit 2002 in Kraft und somit stark veraltet. In den ursprünglichen Entwurf wurden neben dem Thema sexueller Missbrauch auch verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten mitaufgenommen. Doch statt diesen vorbildlichen Weg weiter zu gehen, traf Kultusminister Spaenle sich mit Vertreter*innen der "Demo für alle", deren Hauptziel darin besteht, Schulen so heteronormativ wie möglich zu halten und außerdem Gender Mainstreaming und Akzeptanz aller sexuellen Orientierungen zu verhindern. Einige Kritikpunkte der "Demo für Alle" am neuen Papier waren unter anderem die Behandlung aller sexuellen Orientierungen als gleichwertig, die Erwähnung von Lebenspartnerschaften und biologischen und sozialen Eltern sowie sexueller Identität. Die Reaktion des Ministeriums war, entgegen aller Vorschläge von

Eltern- und Lehrer*innenverbänden, sich den Wünschen der "Demo für Alle" in vielen Punkten anzuschließen und ein weniger fortschrittliches Papier vorzulegen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb Kultusminister Spaenle mit Nachdruck auf, ein wissenschaftliches Papier in Kooperation mit Forschenden der Gender Studies sowie Eltern- und Lehrer*innenverbänden zu erarbeiten, damit die Diversität verschiedener Lebensformen unserer Gesellschaft auch endlich in unsere Schulbücher einziehen kann. Dieses neue Papier soll Teil des Lehrplans werden. Junge Menschen befinden sich in einer Phase der Selbstfindung, in der sie ihre Identität und oft auch ihr Geschlecht und ihre sexuelle Orientierung in Frage stellen. So haben gerade sie das Bedürfnis nach qualifizierten Gesprächspartner*innen und Beratung. Diese Jugendlichen an die Schwangerschaftsberatung zu verweisen, ist nur eine neue Art das Problem zu ignorieren. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb eine Beratungsstelle pro Landkreis für LGBTIQ*-Themen, die den Jugendlichen durch die nötige Fachkenntnis auch Antworten auf ihre Fragen geben kann.

Bildung sowie der Abbau von Vorurteilen, aber auch von Homo-, Bi-, Inter-, Pan-, und Transfeindlichkeit sind über die Schule hinaus in der gesamten Gesellschaft wichtig. Klare Bekenntnisse und Kampagnen, sowie Vorträge, Veranstaltungen und Beratungsangebote sind dringend notwendig. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb in Bayern, nach dem Vorbild Berlins, eine Initiative "Bayern tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" zu starten. Ein Programm mit verschiedenen Angeboten und Veranstaltungen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz von LGBTIQ* ist in Bayern dringend nötig.

Gleichberechtigung in Gesundheit und Pflege!

Auch in der Medizin gibt es zahlreiche Diskriminierungen in allen Lebenssituationen, die gestoppt werden müssen. So werden Männer, die mit Männern schlafen, beispielsweise kategorisch von Blutspenden ausgeschlossen. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen die pauschale Vorverurteilung von Homosexuellen, diese sind nicht unter Generalverdacht einer HIV-Erkrankung zu stellen. Die Frage der sexuellen Orientierung darf bei der Thematik von Blutspenden keine Relevanz haben. Außerdem spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen sogenannte Risikogruppen durch sexuelles Verhalten' aus.

Bereits Kinder werden in ihrer Identität eingeschränkt und diskriminiert. Bei etwa 0,1% der Neugeborenen, die in Deutschland zur Welt kommen, gibt es auf die Frage des Geschlechts keine "eindeutige" Antwort. Sie kommen mit Geschlechtsmerkmalen zur Welt, die sich dem bekannten Muster der Zweigeschlechtlichkeit entziehen. Das uneindeutige Geschlecht wird oft als Anomalie wahrgenommen, die mithilfe von Mediziner*innen „normal“ gemacht werden soll. Es werden Hormone verabreicht und Operationen vorgenommen, Neovaginas angelegt oder funktionierende Geschlechtsorgane entfernt. Auf den Eltern lastet zu diesem Zeitpunkt der Entscheidungsfindung enormer Druck, entscheiden sie doch

über die Zukunft ihres Kindes. Wir fordern erstens, derartige Operationen und medizinische Behandlungen sofort zu stoppen. Zweitens, dass Ärzt*innen die Möglichkeit gegeben wird, die Geschlechterzuschreibung offen zu lassen. Drittens, dass Eltern intersexueller Kinder vollumfänglich über die Situation des Kindes informiert werden und nicht nur über medizinische Möglichkeiten der Geschlechtsangleichungen, damit sie ihrem Kind offen und aufgeklärt gegenüber treten können. Hierfür fordern wir weiter die Einrichtung interdisziplinärer Beratungsstellen, welche sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse für Eltern aufbereiten und zur Verfügung stellen. Wir verurteilen, dass Menschen durch Druck und Diskriminierung in traditionelle Rollenbilder gedrängt werden. Wir wissen aber auch, dass wir selbst noch zu oft in den Kategorien weiblich und männlich denken und entsprechend handeln und damit dazu beitragen, dass sie so fest in den Köpfen und unserer Gesellschaft verankert sind, wie sie es sind. Wir wollen unser Denken und Handeln kontinuierlich hinterfragen und verkrustete Weltbilder durch die Aufnahme neuer gesellschaftlicher Impulse stetig anpassen. So durchbrechen wir Geschlechterbarrieren und Vorurteile der verschiedensten Arten.

Polizeiliche Datenerhebung zu Hepatitis B oder C und HIV beenden

Im Informationssystem der Polizei (INPOL) wurden in Bayern im Jahr 2015 13.992 Personen mit dem Hinweis „Ansteckungsgefahr“ (ANST) geführt. Dahinter verbergen sich Personen, bei denen eine Hepatitis B oder C, oder eine HIV Erkrankung vorliegt. Anders als bei anderen personenbezogenen gespeicherten Daten wird das ANST-Merkmal nicht nach einer festgelegten Frist gelöscht, sondern erst, wenn der Polizei eine vollständige Heilung der Krankheit bekannt wird. Obwohl die Datenerhebung ausschließlich für den internen Polizeigebrauch erfolgt, bewertet die GRÜNE JUGEND Bayern diese Erhebung – sowohl unter dem Aspekt des Datenschutzes, als auch unter dem Aspekt des Abbaus von Diskriminierung und Vorurteilen – als höchst problematisch und fordert die Löschung der erhobenen Daten und den Verzicht auf die zukünftige Verwendung. Eine reale Gefahr der Ansteckung für Beamt*innen ist in den gängigen Einsatzsituationen praktisch nicht gegeben. Seit April 2016 wird der personengebundene Hinweis „geisteskrank“ (GEKR) bei der bayerischen Polizei nicht mehr verwendet. Es ist höchste Zeit, auch von dem diskriminierenden ANST-Merkmal Abstand zu nehmen!

Für Selbstbestimmung im Leben - Vielfalt sichtbar machen

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte den behördlichen Umgang mit Geschlechtern sensibilisieren. Wir möchten die Möglichkeit beibehalten, „männlich“ oder „weiblich“ in behördlichen Dokumenten, etwa Pässen etc., anzugeben, solange die Angabe freiwillig und ausschließlich selbstbestimmt erfolgt. Darüber hinaus sollen „keine Angabe“ sowie eine weitere Formulierung, gerade hinsichtlich der Anerkennung Intersexueller und Trans*personen explizit als Angabemöglichkeit bestehen. Eine zusätzliche Möglichkeit zur weiteren Aufklärung ist es, die Aufmerksamkeit der Medien und Menschen an einem „Tag der Intersexualität“ zu

gewinnen. Wir unterstützen die Bestrebungen, den "Intersex Awareness Day" am 26. Oktober jeden Jahres zu begehen. An diesem Tag im Jahr 1996 veranstalteten unter anderem Intersex Aktivist*innen der Intersex Society of North America die erste öffentliche Intersex-Demonstration in Bosten, wo die American Academy of Pediatrics (AAP), eine Organisation von beruflichen Vertreter*innen der Pädiatrie in den Vereinigten Staaten, ihre jährliche Konferenz abhielt. Wir setzen uns auch dafür ein, dass LGBTIQ* vermehrt in Medien auftreten.

Gegen Diskriminierung durch die Kirche

Wenn Ungleichbehandlung bei der Arbeit, wie im Fall der kirchlichen Trägerschaft, so weit geht, dass Menschen aufgrund ihrer Ansichten über Partnerschaft und Sexualität diskriminiert werden, ist eine rote Linie weit überschritten. Die Tatsache, dass die meisten karitativen und erzieherischen Einrichtungen zwar in kirchlicher Trägerschaft, aber staatlich finanziert sind, kommt erschwerend hinzu. Weshalb z.B. die sexuelle Orientierung von Mitarbeiter*innen in Kindergärten eine Rolle spielen sollte, ist uns unerklärlich. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, den Tendenzschutz auf den religiösen Kernbereich der Tätigkeit von Kirchen einzuschränken.

Oft wird gerade von religiöser Seite versucht, Homofeindlichkeit durch kirchliche Indoktrination in der Gesellschaft zu verankern. Wie zum Beispiel vor wenigen Wochen durch den Regensburger Bischof, der seine Ablehnung der Öffnung der Ehe unter anderem mit verkrusteten, religiösen Weltbildern begründete.

Entschädigung der Opfer des Paragraphen 175

Mit über 50.000 Strafurteilen gegen Homosexuelle hat die BRD zehntausendfach die Menschenrechte eklatant verletzt. Diese aufgearbeiteten Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht vergessen werden. Die Strafbarkeit von Homosexualität war ein klarer Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, ebenso die Beibehaltung unterschiedlicher strafrechtlicher Schutzaltersgrenzen für Homo- und Heterosexualität. Im März 2017 wurde endlich die juristische Rehabilitierung der Betroffenen auf den Weg gebracht und eine Entschädigung in Höhe von 3000 EUR plus weitere 1500 EUR für jedes angefangene Jahr, welches im Gefängnis verbracht werden musste, beschlossen. Trotzdem wird diese Verletzung der Menschenrechte noch immer von Politiker*innen relativiert. Auch die Höhe der Entschädigung für Zeiten des Freiheitsentzugs liegt deutlich unter dem Betrag von 9125 EUR, den der Staat an zu Unrecht Verurteilte zahlt. Wir fordern die Erhöhung der Entschädigungen auf den Betrag von 9125 EUR pro Jahr im Gefängnis und die vollumfängliche Anerkennung des Unrechts, welches homosexuellen Menschen

Keine Normen für Beziehungen!

Wir setzen uns für einen ernsthaften gesellschaftlichen Diskurs zu den Themen Polyamorie, Promiskuität und andere alternative Beziehungsformen ein. Hier muss besonderes Augenmerk auf weibliche Sexualität und Beziehungsverhalten gelegt

werden. So wird es in der heutigen Gesellschaft nicht nur als problematischer angesehen, wenn Frauen* in alternativen Beziehungsformen leben, die weibliche Sexualität ist – egal in welcher Art und Weise sie ausgeübt wird oder nicht – in unserer immer noch patriarchal strukturierten Gesellschaft marginalisiert. Diese Marginalisierung muss aufgebrochen werden, um eine faire, offene und gleiche Lebensrealität für Frauen* zu schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass weibliche Sexualität inklusive aller ihrer Orientierungen und Beziehungsformen in unserer Gesellschaft frei ausgelebt werden kann und nicht nur als Objekt männlicher Sexualität betrachtet, eingeschränkt oder reglementiert wird.

Alle sexuellen Identitäten und Beziehungsformen müssen gleichberechtigt sein. Verantwortungsübernahme muss unabhängig von der Ehe möglich sein, besonders auch, um Kinder abzusichern. Ein Drittel aller Kinder wächst in nichtehelichen Lebensgemeinschaften auf oder lebt bei einem Elternteil. Die Absicherungen sozialer Eltern-Kind-Beziehungen müssen daher dringend verbessert werden. Sozialen Eltern sind in vielen Bereichen die Hände gebunden, das Abmelden von Kindern vom Schulunterricht ist beispielsweise nicht möglich. Patchwork-Familien oder Alleinerziehenden, Alten-Wohngemeinschaften oder sonstigen Familien und Gemeinschaften soll es möglich sein, Verantwortung zu übernehmen und sich gegenseitig abzusichern. Für den Abschluss notarieller Verträge fehlen oftmals Informationen und die Vorgänge sind komplex. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Ergänzung der staatlich privilegierten Ehe durch einen flexiblen Familien- und Partner*innenschaftsvertrag für Personen, die füreinander Verantwortung übernehmen wollen.

Gegen Heterosexismus, für eine wahre GLEICHberechtigung aller sexuellen Orientierungen

Heterosexismus ist die Zuschreibung von geschlechtsspezifischen Verhaltensregeln und Attributen an Männer und Frauen. Feste Rollenbilder zementieren künstlich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das allerdings führt dazu, dass Menschen, die nicht in dieses heteronormative Weltbild passen mit ihrer Identität und Sexualität oder sich gar nicht erst einem binären Geschlechterbild unterordnen wollen, diskriminiert werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern wird ihre Bildungsarbeit in diesem Bereich fortsetzen und ruft dazu auf, Menschen nicht in Rollenbilder einzuordnen oder Eigenschaften aufgrund des Geschlechtes zuzuschreiben.

Homosexualität ist keine Krankheit - Konversionstherapien verbieten!

Wir fordern, dass sogenannte Konversionstherapien, also "Therapien", die das Ziel haben, Menschen heterosexuell umzuorientieren, vollständig verboten werden. Homosexualität ist keine Krankheit! Zu den Risiken dieser "Therapien" zählen neben Ängsten u.a. auch soziale Isolation, Depressionen und erhöhte Suizidalität. Die Weltgesundheitsorganisation hat Homosexualität 1990 aus ihrem Diagnosekatalog gestrichen. Diese Position wurde zuletzt 2013 vom

Weltärzteverband bekräftigt. Als erstes europäisches Land hat Malta diese "Therapien" verboten. Einzelne US-Bundesstaaten untersagen sie zumindest für Minderjährige.

Bisexualität sichtbar machen

Nicht nur Homosexuelle stoßen in der Gesellschaft auf Stereotype und Stigmatisierung, auch Bisexuelle haben mit den gleichen und gleichzeitig doch ganz anderen Problemen zu kämpfen.

Einerseits entzieht sich die Bisexualität komplett der Wahrnehmung durch die Gesellschaft, da bisexuelle Personen, die in einer Beziehung mit einer*m gleich- oder gegengeschlechtlichen Partner*in sind, entweder als homo- oder als heterosexuell wahrgenommen werden. Andererseits werden Bisexuelle sowohl in einer heteronormativen Gesellschaft ausgegrenzt, als auch in Teilen der schwulesbischen Community ausgeschlossen und nicht als Teil dieser Gruppe anerkannt. So wird Bisexuellen unterstellt, dass sie sich nicht trauen, sich als homosexuell zu outen, dass sie gar nicht wissen, was sie wollen oder grundsätzlich einen promiskuen Lebensstil führen und unfähig zu einer monogamen Beziehung sind etc. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt

sich gegen diese Diskreditierung von Bisexuellen und ruft dazu auf, sowohl heteronormative Vorstellungen, als auch schwulesbische Engstirnigkeit zu hinterfragen. Wir setzen uns für eine queere Perspektive ein, in der alle Formen von Sexualität und Identität gegenseitig akzeptiert und wertgeschätzt werden!

Queerfeminismus intersektionell denken

Der Christopher-Street-Day und die Gay Prides gehen auf das Jahr 1969 zurück. In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 gingen Gäste der New Yorker Bar Stonewall Inn gegen willkürliche und gewalttätige Polizeirazzien vor und stellten sich gegen Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft gegenüber Nicht-Heterosexuellen. Damals setzte sich eine vielfältige Gruppe gemeinsam für Gleichberechtigung ein.

Als GRÜNE JUGEND Bayern verstehen wir uns als klar queerfeministischer Verband. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihrer Weltanschauung, ihrer beruflichen oder finanziellen Situation, ihrem Aussehen, ihren Fähigkeiten oder ihrem Alter – frei, selbstbestimmt und sicher leben können.

Wir treten für eine intersektionelle Auffassung diverser Diskriminierungsformen ein. Diskriminierungen aufgrund mehrerer Merkmale, wie insbesondere Bifeindlichkeit, Sexismus, Klassismus, Homofeindlichkeit, Rassismus, Transfeindlichkeit etc. müssen zusammen gedacht und gemeinsam bekämpft werden sowie trotzdem auch jede Gruppe spezifisch adressiert werden muss. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich daher für vielfältige Christopher-Street-Day Prides

aus, an denen Homosexuelle gemeinsam mit Bi-, Trans-, Pan-, Intersexuellen, Asexuellen, Aromantischen und allgemein Queers feiern. Auch an allen anderen Tagen setzen wir uns für ein gemeinsames Streiten für gleiche Rechte für alle Menschen und ein Ende der Diskriminierungen ein.

Beschlossen durch den Landesrat am 16. Juli 2017